

Stimme der Migranten

In den Rückkehrzentren brodeln es

Abgewiesene Asylsuchende, die teils seit Jahren in Asylunterkünften ausharren, organisieren sich. Ihre Forderungen werden nicht gehört, doch die Bewegung wächst.



Chantal Desbiolles

Publiziert 12.9.2020 um 07:40 Uhr



Trauriger Höhepunkt der bisherigen Aktionen von «Stop Isolation» gegen eine menschenunwürdige Asylpolitik: Vor dem Bundeshaus zündete sich im Juli ein 34-jähriger Iraner an.

Foto: Anthony Anex (Keystone)

Der Druck steigt. Seit der Kanton Bern seine Asylunterkünfte unter neuen Vorzeichen als Rückkehrzentren betreibt, haben sich die Lebensbedingungen der dort Untergebrachten deutlich verschlechtert.

Dahinter steckt politisches Kalkül, denn Leute wie Amar Salim sollen hier nicht bleiben. Der 26-jährige Kurde aus dem Irak, der seit fünf Jahren in der Schweiz lebt und zwei negative Asylbescheide vorweisen kann, ist seit drei Jahren in der Einrichtung in Biel-Bözingen in einer Baracke, in der bis zu 20 Personen auf engstem Raum leben.

BZ

Bilder von verschmutzten und beschädigten Toiletten und Duschen wurden öffentlich, neben Entsetzen war auch für Hohn und Spott gesorgt. Salim windet sich, wird nicht mehr gerne darauf angesprochen. «Wir haben kein Problem mit dem Putzen», stellt er klar. Das sei aber offensichtlich nicht ganz einfach, wenn fast zwei Dutzend Frauen wie Männer dieselbe Dusche nutzten. Die zweite sei längere Zeit über kaputt gewesen, ebenso die Beleuchtung in einem der Container während etwa zweier Monate. Beides sei von der neuen Betreiberin nicht repariert worden.

Disziplin und Kontrolle

Seit die ORS AG diese und die Unterkünfte in Aarwangen, Gampelen und Konolfingen im Auftrag des Kantons seit Juli zu unwirtlicheren Orten für die Bewohnerinnen und Bewohner gemacht hat, müssen die abgewiesenen Asylsuchenden hier täglich während mindestens zweier Stunden anwesend sein, um nicht Gefahr zu laufen, die Nothilfe im Umfang von 8 Franken pro Tag und ihren missliebigen Platz zu verlieren. «Wer nicht unterschreibt, erhält kein Geld, und wer mehrmals fehlt, muss gehen», erzählen Asylsuchende aus dem Rückkehrzentrum Aarwangen. Diese Disziplinierung und Kontrolle, sie mache krank.



Auf Anfang Juli betreibt die Firma ORS AG die Rückkehrzentren im Kanton Bern, darunter auch die frühere Kollektivunterkunft Aarwangen. Mit dem Namen und der Betreiberin haben sich die Lebensbedingungen deutlich verschlechtert, berichten hier untergebrachte abgewiesene Asylsuchende.

Foto: Ruben Wyttenbach

«Alles hat sich geändert», sagt Salim, der von «offenen Gefängnissen» spricht oder Begriffe wie «Isolationshaft» als Vergleich herbeizieht. «Wir haben gar keine Rechte mehr.» Selbst Besuch ist verboten, begründet wird das mit der Corona-Pandemie. Medienschaffende werden überdies mit der Begründung abgespeist, dass sich das neue Regime erst einspielen müsse. Deswegen sind Reportagen aus den Rückkehrzentren derzeit nicht erwünscht.

Eine Frage der Deutungshoheit

Die Deutungshoheit über die Zustände vor Ort haben daher erst recht gut organisierte und sendungsbewusste Direktbetroffene wie Salim übernommen. Er ist einer von zwei Sprechern von «Stop Isolation», unter diesem Namen haben sich abgewiesene Asylsuchende zusammengetan und Forderungen aufgestellt. Rund 700 abgewiesene Asylsuchende gibt es im Kanton Bern, davon haben sich Salim zufolge fast 200 der politischen Bewegung angeschlossen.



Amar Salim lebt seit 2017 in der Unterkunft in Biel-Bözingen, die seit kurzem ebenfalls als Rückkehrzentrum betrieben wird.

Foto: PD

Dass es nicht mehr seien, liege daran, dass viele Geflüchtete Angst davor hätten, zu demonstrieren. Angst vor der Polizei. Amar Salim nicht. Er habe nichts mehr zu verlieren, sagt der 26-Jährige.

**«Niemand führt so ein Leben
freiwillig.»**

Amar Salim, Mitglied von «Stop Isolation»

BZ

«Niemand führt so ein Leben in einem Rückkehrzentrum freiwillig.»
Hätte er eine Wahl, beteuert Salim, er würde sie treffen. In den Irak zurückzukehren, stellt für ihn als Kurde keine dar.

Spätestens seit sich im Juli ein 34-jähriger Iraner während einer Demonstration auf dem Bundesplatz in Brand setzte, ist die Not der abschlägig Beurteilten in ein öffentlich breiteres Bewusstsein gerückt. Es ist der verzweifelte Höhepunkt eines Protests, der in Bern und anderswo kein richtiges Gehör findet.

«Unsolidarische» Forderungen

Als «organisierte Show» bezeichnete Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) den Vorfall. Gleichzeitig verurteilte er «Stop Isolation» als Lobbyorganisation, vor deren Karren sich die Medien hätten spannen lassen. Die Geringschätzung ihrer Anliegen: für die Abgewiesenen ein Affront, Müller seither Synonym für die Ignoranz eines Asylsystems, das sie auf der ganzen Linie hängen lässt. «Unsolidarisch» und «undemokratisch» seien die Forderungen, die nach Aufenthaltsbewilligungen verlangen, sich gegen die Isolation in Rückkehrzentren und ständige Kontrollen, Bussen und Haftstrafen wegen illegalisierten Aufenthalts wehren und Respekt und Würde einfordern.

«Es werden schlimmere Sachen passieren.»

Amar Salim

In den Rückkehrzentren brodelt es, erzählen Beobachtende wie Bewohnende. Salim sagt: «Es werden schlimmere Sachen passieren.» Was, will er sich nicht ausmalen. Die Menschen um ihn seien verzweifelt.

Und sie sind offensichtlich immer besser organisiert. Unterstützt durch das Migrant Solidarity Network, das Geflüchtete, Migrantinnen und solidarische Menschen zusammenbringt, fanden seit Juli acht Kundgebungen und Protestaktionen statt. Erst manifestierte sich der Protest vor Ort in Bözingen und Gampelen, dann verlagerte er sich in den öffentlichen Raum und damit auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit: Abgewiesene flüchteten in die Reitschule, stellten sich vor das Staatssekretariat für Migration, riefen auf zur Solidarität. Organisationen und Gruppierungen aus dem links-grünen und humanitären Spektrum bekennen sich, die Bewegung zu unterstützen.



Auf nationalem Parkett

«Wir organisieren uns alle», sagt Salim. Zu Beginn der Session haben sich Vertreter von «Stop Isolation» und vergleichbaren Bündnissen aus anderen Kantonen wie «Nothilfe ohne Zwang» (Zürich), «Drei Rosen gegen Grenzen» (Basel) oder «Poya solidaire» (Freiburg) mit Nationalrätinnen und Nationalräten vor dem Bundeshaus getroffen. Übergeben worden seien Berichte und Forderungen

Bis jetzt sei noch nie eine Forderung durchgesetzt worden, stellt Salim fest. «Aber wir kämpfen bis zum Ende.» Noch in diesem Monat ist eine schweizweite Aktion geplant. Erst gestern fand in Bern eine Gedenkkundgebung statt: für einen geflüchteten Kurden aus dem Iran, der sich am 22. August das Leben nahm.

Publiziert 12.9.2020 um 07:40 Uhr